

22. Juni 2016

Nr. 106

10. Jahrgang



Die Stadt Penig ist gewissermaßen der „westliche Vorposten“ des Landkreises Mittelsachsen, grenzt ihre Gemarkung doch unmittelbar an das Altenburger Land in Thüringen. Die Kleinstadt an der Zwickauer Mulde hat ca. 9.000 Einwohner. Weithin sichtbares Wahrzeichen der Stadt ist die spätgotische Stadtkirche „Unser Lieben Frauen auf dem Berge“. Erwähnenswert ist auch das stattliche dreigeschossige Rathaus im Stil der sächsischen Frührenaissance, welches in seinen Grundzügen um 1545 erbaut wurde. Das wahre Kleinod der Stadt, gleichzeitig ihr ältestes Bauwerk, aber ist die spätromanische Saalkirche St. Aegidien in Altpenig, 1157 erstmals urkundlich erwähnt.

Die drei Titelthemen dieser Ausgabe:

1. In den Blickpunkt gestellt:

Der Magdeburger Bundesparteitag der LINKEN

2. Detailliert analysiert:

Der Kreistag vom 15. Juni und die Lage des Krankenhauses Mittweida

3. umfassend informiert:

Landtagsabgeordnete der LINKEN im Nahen Osten und Großbritannien

- 2 editorial & standpunkt
- 3 kolumne & ehrung sowjetischer soldaten
- 4/5 **titelthema 1: der bundesparteitag von magdeburg**
- 5 solid-jugend freiberg
- 6/7 **titelthema 2: die sitzung des mittel sächsischen kreistages vom 15. juni**
- 8 **titelthema 3: mittelsächsische landtagsabgeordnete on tour**
- 9 nachdenken über das wesen des kapitalismus
- 10 serie zur politischen bildung: beitrag -11-: „demokratie in der krise?“
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & jahrestage
- 12 termine & trauer & thementag „gesundheit

Die nächste Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ erscheint am 20. Juli 2016. Redaktionsschluss ist am Mittwoch, dem 13. Juli. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck und die Auslieferung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN zu spenden.

Spendenempfehlung: 12,00 Euro als Jahresbeitrag.

Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen
IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10
BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Falle die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber: **DIE LINKE.**
KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:
Kreisgeschäftsstelle der LINKEN
z. Hd. der Redaktion der „LinksWorte“
09599 Freiberg, Lange Straße 34
Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
Telefax: 0 37 31 - 20 21 40
eMail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Reik Kneisel, Sabine Lauterbach, Michael Matthes, Sabine Pester, Robert Sobolewski, Marika Tändler-Walenta, Kerstin Ufer, Hans Weiske (verantwortl. i.S.d.P.)

Layout, Satz und Fotos: A•Bi•Te
Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
Birkenstraße 23b
09557 Flöha/OT Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und -vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ können auch über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufgerufen werden. Über einen Link findet man dort neben der aktuellen Ausgabe der „LinksWorte“ das Archiv aller Hefte seit September 2007.

aus der redaktion

Liebe Leserinnen und Leser,

wir stehen kurz vor dem Start in das zweite Halbjahr 2016. Für den mittelsächsischen Kreisverband der LINKEN bleibt vielleicht noch ein halbes Jahr der „Ruhe vor dem Wahlkampf-Sturm“, sprich „Bundestagswahlen 2017“, für den gegenwärtig auf Bundes- und Landesebene der LINKEN bereits die Weichen gestellt werden. Aber diese Ruhe vor dem Sturm gibt es nicht überall. In Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin werden im September ein neuer Landtag und ein neues Abgeordnetenhaus gewählt und in das kommende Jahr starten wir mit der Bundespräsidentenwahl im Februar und den richtungsweisenden Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai. Und bei diesen Wahlen stehen für uns, wie bereits im Frühjahr, vor allem zwei Fragen: *Wie schneidet DIE LINKE ab, kann sie endlich wieder zulegen und kann der Rechtsruck, der durch die Gesellschaft geht, aufgehalten werden. Diese Fragen standen im Mittelpunkt des Bundesparteitages der LINKEN in Magdeburg. Sechs Delegierte aus Mittelsachsen waren dabei. Wir berichten auf den Seiten -4- und -5- ausführlich über den Parteitag. Unmittelbar nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe, am 18. Juni, kommt der Landesparteitag der LINKEN in Neukiritsch zusammen. Dazu der nebenstehende Standpunkt.*

Nachdem wir in unserer Ausgabe im Mai über den Auftakt der Tour der Landtagsfraktion der LINKEN in und um Brand-Erbisdorf berichtet haben, stehen in unserem heutigen Heft die nächsten Stationen im Mittelpunkt: der Thementag „Gesundheit“ am 13. Juni in Mittweida, über dessen Verlauf wir informieren. Leider erst nach Redaktionsschluss finden am 17. Juni bzw. am 22. Juni in Flöha bzw. Döbeln Thementage „Regionale Wirtschaft“ bzw. „Örtlicher Personen-Nahverkehr“ statt. Das Thema „Gesundheit“ - aus der Sicht der sich gewaltig verändernden Krankenhaus-Landschaft in Mittelsachsen - spielte auch eine Rolle in der Sitzung des Kreistages am 15. Juni. Diesmal hatten wir Glück, dass unser mit heißer Nadel gestrickter Artikel auf den Seiten -6- und -7- noch ganz kurz vor Redaktionsschluss und damit brandaktuell in die Zeitung konnte. Viel unterwegs waren unsere beiden Landtagsabgeordneten Dr. Jana Pinka und Falk Neubert in den vergangenen Wochen. Wir informieren unsere Leserinnen und Leser darüber auf Seite -8-. Neues zu berichten gibt es von unserer inzwischen sehr aktiven [solid] - Gruppe Freiberg und von Reinhard Kluge aus Rechenberg-Bienenmühle, der uns regelmäßig mit fundierten Artikeln aus seiner Feder unterstützt. In unserer Serie zur politischen Bildung und Information geht Achim Grunke auf das sehr aktuelle Thema „Demokratie in der Krise?“ ein. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir - wie allmonatlich - eine anregende Lektüre.

der landesparteitag der sächsischen linken und die vielen partei-interna

von Hans Weiske

Die Delegierten des am kommenden Samstag (ich schreibe diese Zeilen am Tage des Redaktionsschlusses und somit drei Tage eher) stattfindenden Landesparteitages stehen vor der Quadratur des Kreises. Zumindest was den anstehenden Diskussionsbedarf im Verhältnis zum vorgesehenen Zeitbudget von 10:00 Uhr bis 20:45 Uhr betrifft. Aus dem veröffentlichten Zeitplan ist zu entnehmen, dass - noch vor der Konstituierung des Parteitag - der Landesvorsitzende Rico Gebhardt die Gelegenheit erhält, den Parteitag mit einer halbstündigen Rede zu eröffnen. Interessant für mich, ob er diese auch zu einer Einschätzung nutzt, wie wir bei der Umsetzung unserer Strategie vorangekommen sind, die auf dem Landesparteitag im September des vergangenen Jahres beschlossen wurde. Diese besteht - zur Erinnerung - aus einem „Konglomerat“ aus dem Leitartikel „DIE LINKE 2015 - wo wir stehen und worauf wir aufbauen können“ und zwei Sachanträgen „Zeit für Veränderung - den Aufbruch ermöglichen - strategische Eckpunkte für DIE LINKE Sachsen“ sowie „Was jetzt zu tun ist!“. Auf dem Parteitag soll diese Strategie durch den Leitartikel „Partei ergreifen!“ ergänzt werden. Der Liebkecht-Kreis will den Leitartikel durch ein Aktionsprogramm für einen linken Aufbruch in Sachsen ersetzen, welchem bis September ein konkreter Maßnahmenplan folgen soll. Bis 14:30 Uhr will sich der Parteitag mit der Diskussion und der Beschlussfassung zu Leitartikel und vorliegenden Änderungsanträgen Zeit lassen. Und dann kommt die Zeit der Partei-interna. Sie werden die Tagesordnung laut Parteitagsgesetz bis zum Schluss bestimmen und zum Teil bestimmt Bestandteil hitziger Debatten werden. Da geht es zunächst um das Wahl- und Aufstellungsverfahren für die Bundestagswahl 2017. Zur Erinnerung: Zur Bundestagswahl am 22. September 2013 schafften es (bei einem Rückgang der Stimmzahl von 24,5% auf 20,0% für DIE LINKE gegenüber 2009) noch acht Bewerber über die Landesliste der LINKEN in den Bundestag. Bei den weiteren Themen des Parteitages geht es, verkürzt gesagt, nur noch um das liebe Geld. Denn die zur Verfügung stehenden Finanzmittel gehen durch den ständigen Verlust an Mitgliedern immer mehr zurück. Schwerpunkt ist eine Vielzahl von Änderungsanträgen für die Landessatzung, die vor allem Auswirkungen auf Größe, Zusammensetzung und Aufgaben der Gremien haben werden, wobei der „Kleine Parteitag“ und der Landesrat im Mittelpunkt stehen. Schließlich geht es um die Bestimmung der Ziele und Grundsätze eines völlig neuen Finanzkonzeptes, mit welchem auch künftig die Handlungsfähigkeit des Landesverbandes gesichert werden kann. Dabei würde ich als Schatzmeister es unterstützen, wenn auf dem Parteitag in Detailfragen nichts überstürzt würde. Aber es sollte, basierend auf den zu beschließenden Grundsätzen, ein Weg gefunden werden, dass unser Landesverband so schnell wie möglich nach einem durchdachten neuen Finanzkonzept arbeiten kann.

„gegen das vergessen und versöhnung über den gräbern -
arbeit für den frieden“

Unter diesem Motto fand am 07. Juni 2016 auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof auf der Himmelfahrtsgasse in Freiberg eine Festveranstaltung des Volksbundes Deutscher Kriegsgräbersürsorge e.V. statt, zu der sowohl unsere Landtagsabgeordnete, Frau Dr. Jana Pinka, die von Kerstin Ufer vertreten wurde, als auch unser Ortsvorstand eingeladen waren, der von sieben Genossinnen und Genossen vertreten wurde. Schüler der 10. Klasse des Geschwister-Scholl-Gymnasiums in Freiberg haben eine Informationstafel für die 161 auf dem Sowjetischen Ehrenfriedhof beerdigten sowjetischen Bürger gestaltet, die feierlich eingeweiht wurde. Die festliche Veranstaltung wurde u.a. von teilnehmenden Schülern mit Gedichten zu Krieg und Frieden,

mit Rückblick auf die Arbeit am Projekt und dem Besuch auf dem Friedhof des ehemaligen faschistischen Kriegsgefangenenlagers in Zeithain reflektiert. Worte des Gedenkens sprachen Herr Dr. Reitz vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, die Direktorin des Geschwister-Scholl-Gymnasiums, Frau Kerstin Salomon und Amtsleiter Michael Höser von der Stadtverwaltung Freiberg. Auch das russische Generalkonsulat war durch Frau Ksenia Kuternina vertreten. Klar wurde auch an diesem Ort: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“. In diesem Zusammenhang bot sich für die Linksfraktion im Stadtrat Freiberg die Gelegenheit, auf den Beschluss des Stadtrates vom 5. März 2009 zur „Grundhaften Instandsetzung des sowjetischen Ehrenfriedhofs“ aufmerksam zu machen. (rf)



**auf seite - drei -
- immer konsequent links -
unser monatlicher
aktueller meinungsbeitrag**

„Lügenpresse“ – dieses Mal des Kain trägt sie. „Lügenmedien“ wäre umfassender. Man hat den Eindruck, die Linken meiden ihn neuerdings. Wohl, weil er von den Anhängern der Alternative für Deutschland krakeelt wird. Es sind Lügenmedien. Also nennen wir sie doch auch so.

Die Wahrheit wegzulassen, kommt einer Lüge gleich. Man beachte: Es gibt kaum eine Erwähnung der NATO-Aktivitäten in den baltischen EU-Staaten und in Polen, darunter auch Beteiligte aus der Ukraine und aus Georgien. Es geht angeblich um die Sicherheit. Damit die Gefährdung der Sicherheit plausibel wird, braucht man einen aggressiven Feind – Wladimir Wladimirowitsch Putin, der Leibhaftige. Weit davon entfernt, ein Putin-Fan zu sein, darf daran erinnert werden, in der Politik werden Interessen wahrgenommen – von allen. Die USA haben Interesse an der Ukraine, speziell am Marine-Stützpunkt Sewastopol auf der Krim. Der Präsident der Russischen Föderation handelte seinem Auftrag gemäß und überließ die Krim nicht denen, die in der vormaligen Sowjetunion nichts zu suchen haben. Sicherheit, wenn es darum ginge, erreicht man, wenn sich diejenigen, die aneinander geraten könnten, weit voneinander entfernt halten.

Kürzlich hielt NVA-General Bilan, dessen Beziehungen zu seinen ehemaligen Waffenkameraden noch intakt sein dürften und der sich als Militär ganz sicher nur von gesicherten Fakten leiten lässt, einen bemerkenswerten Vortrag zur neuen Militärdoktrin der Russländischen Föderation. Seine Ausführungen bewiesen in vielfältiger Weise, die russische Politik ist nicht aggressiv. Sie soll es auch nicht sein. Dafür gibt es politische, militärische, aber sicher auch wirtschaftliche und finanzielle Gründe.

Dauermanöver im Baltikum und Polen, was einer verbotenen Truppenstationierung gleichkommt, finden im Windschatten der Fußball-Europa-Meisterschaft statt. Man hofft auf Unaufmerksamkeit. Die USA und ihre Pudel Litauen, Lettland, Estland und Polen, vervollständigt von der Ukraine und Georgien testen wie weit sie gehen können. Auch Flinten-Uschi führt uns mitten hinein. Dies ist brandgefährlich. „Das große Karthago führte drei Kriege. ... Nach dem dritten war es nicht mehr auffindbar.“ schreibt Bertold Brecht. World War I und II hatten wir schon.

Auch in dem Dokumenten-Wust des Landesparteitages ist wieder von der Linken als Antikriegspartei die Rede. Doch wo bleiben die Taten. Im Moment klappert nur leeres Geschirr. Begreift es denn niemand: Wenn es für den Kapitalismus eng wird, gibt es Krieg. Und es ist eng. Finanzkrise, Schuldenkrise, Terrorismus, Flüchtlingswellen – und man hat die Welt bezüglich der Profitquellen weitgehend abgegrast. (mm)

vor 75 Jahren - am 22. juni 1941- startete das faschistische deutschland das „unternehmen barbarossa“- die gedenkstätte zeithain erinnert

Mit einer Rede am 30. März 1941 bereitete Hitler die versammelte deutsche Generalität ideologisch auf den bevorstehenden „Vernichtungskampf“ gegen die Sowjetunion vor. Bereits im Vorfeld des verätherischen Überfalls vom am 22. Juni 1941 ordnete das Oberkommando der Wehrmacht die Einrichtung von 60 neuen Lagern für die ausschließliche Unterbringung sowjetischer Kriegsgefangener an, vor allem in besetzten Gebieten Polens und der Sowjetunion, aber auch an 14 Standorten in Deutschland, darunter in Zeithain bei Riesa. Bereits 1939 wurde in der Nähe des nur wenige Kilometer entfernten Mühlberg/Elbe das „Stammlager für Kriegsgefangene im Wehrkreis Dresden“ errichtet.

Bis Herbst 1941 existierte in Zeithain noch keine einzige fertige Gefangenenbaracke, da die ersten sowjetischen Kriegsgefangenen - ohne Schutz vor Sonne, Regen und Kälte in auf einem von Stacheldraht gesicherten Gelände hausend - zunächst feste Unterkünfte für die Wachmannschaften und Wirtschaftsgebäude errichten mussten. Insgesamt sind in Zeithain zwischen 1941 und 1945 ca. 25.000 bis 30.000 sowjetische und mehr als 900 Kriegsgefangene aus anderen Ländern umgekommen. An diese Opfer erinnert die 1985 eingerichtete Gedenkstätte. Im Januar 1997 gründete sich der Förderverein „Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V.“ (hw)



Zwei Bilder von der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain: Oben das Eingangstor, im Hintergrund ist der Obelisk auszumachen, unten eine der Lagerbaracken für die Gefangenen, in welcher heute das Archiv der Gedenkstätte untergebracht ist.

wir berichten vom bundesparteitag in magdeburg - aus der sicht von delegierten des kreisver

Die 1. Tagung des 5. Parteitages der LINKEN ist Geschichte. Sie fand bundesweit beachtliches mediales Interesse, vielleicht auch angestachelt durch die Tatsache, dass Gregor Gysi den Zustand der Partei zwei Tage vor dem Parteitag als „saft- und kraftlos“ bezeichnete. Auch der „Torten-Angriff von Magdeburg“ wurde ausgeschlachtet. Was bleibt, sind eine Vielzahl von Reden aus den beiden Doppelspitzen, von denen die von Sarah Wagenknecht besonders in Erinnerung bleiben wird, drei Leitanträge, mehrere Dringlichkeitsanträge zu brennenden Fragen der internationalen Lage sowie zwei Beschlüsse zur Unterstützung der Blockupy Proteste am 2. September und der Großaktion „Aufstehen gegen Rassismus“ am 3. September, jeweils in Berlin. Am 17. September finden in sieben Städten, darunter in Leipzig und Berlin, erneut regionale Großdemonstrationen gegen TTIP und CETA statt, an denen sich DIE LINKE aktiv beteiligen wird.

Der Parteivorstand hat am 4. Juni eine erste Auswertung des Parteitages vorgenommen und die Parteitagsbeschlüsse beraten. Am 2. und 3. Juli kommt der Parteivorstand in Rostock zu einer Klausur zusammen, in deren Mittelpunkt die politischen Schwerpunkte der nächsten zwei Jahre - vor allem mit Blick auf die Bundestagswahl im Herbst 2017 - stehen werden. Dort wird auch der Fahrplan zur Erstellung des Wahlprogramms beraten.



von Angelika Schubert,
Brand-Erbisdorf

Bereits mit dem Erhalt der Arbeitsmaterialien für diesen Parteitag, der unter dem Motto „Sozial gerecht. Für alle. Besser.“ stand, war sicher allen Delegierten klar: es wird sehr arbeitsreich, sicher anstrengend und ganz sicher an beiden Tagen sehr lange dauern. Alles traf zu. **Die sechs Delegierten unseres Kreisverbandes – Ute Rehner, Angelika Schubert, Marika Tändler-Walenta, Kay Hanisch, Hans-Jürgen Kühn und Falk Neubert** – waren gut darauf vorbereitet und auch gespannt, denn bei der Wahl zum Bundesvorstand der LINKEN galt es unserer Genossin Marika Tändler-Walenta für ihre erneute Bewerbung die entsprechende Unterstützung zu geben. Ich nehme es gleich vorweg – sie wurde nach ihrem inhaltlichen Redebeitrag in der Generaldebatte und ihrer Bewerbungsvorstellung zum zweiten Mal in den Parteivorstand gewählt, wozu wir ihr nochmals ganz herzlich gratulieren und eine erfolgreiche Tätigkeit wünschen!

Unsere Partei stand seit 1989 noch nie vor einfachen Aufgaben und es waren immer schwierige Zeiten mit schwierigen Problemen. In Magdeburg aber wurde in allen Reden, Diskussionen und Anträgen deutlich: die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität sowie die gesamte Demokratie sind in der Bundesrepublik bedroht wie nie zuvor und auch Europa steckt mit der Europäischen Union in einer tiefen Krise. Deshalb war es nicht verwunderlich, dass in allen Redebeiträgen des Parteitages die Sorge darüber eine große Rolle spielte. Ein weiteres Feld bot die Auseinandersetzung mit der AfD, die sich

die Spaltung unserer Gesellschaft zum Ziel gesetzt hat. Ihre Politik ist weder sozial noch politisch in irgendeiner Form eine Alternative! Darum muss sich die Linke dem entgegenstellen und der Mehrheit der Bevölkerung demokratische, humane und soziale Antworten auf ihre Fragen geben.

Grundlagen dafür boten die drei Leitanträge:

- Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!
- Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land!
- Für Frieden und eine gerechte Weltordnung

Wie so oft auf Bundesparteitagen rankten sich dann zahlreiche Änderungsanträge mit persönlichen Er-

ge und präzise Arbeit, an der unser Kreisvorsitzender und MdL, Falk Neubert, federführend beteiligt war. Ohne diese verantwortungsvolle Tätigkeit und die Vorgaben der Antragskommission hätten die Abstimmungen nicht so zügig verlaufen können! Außerdem wagten wir uns erneut, auf einem Parteitag die elektronische Variante für die Wahlvorgänge und die Abstimmungen zu benutzen und hätten ohne diesen Beschluss den Zeitplan keinesfalls schaffen können. Das mussten selbst die Skeptiker der elektronischen Wahldurchführung wohlwollend zugeben.

Leidenschaftlichkeit und Emotionalität fehlten auch in Abwesenheit von Gregor Gysi (die ich persönlich schon bedauert habe) auf diesem Parteitag nicht, denn Reden

und Dietmar Bartsch wurden mit viel Zustimmungsbezeugungen in lebhafter Form und mit viel Beifall begleitet. Die unwürdige Tortenaktion und die von allen Delegierten spontan gezeigte Solidarität mit Sarah Wagenknecht möchte ich hier nicht extra kommentieren, denn dazu hatte ja die Presse vielfältig berichtet.

Es gab noch viele weitere Beiträge, Grußansprachen und Dringlichkeitsanträge – beispielsweise für die Unterstützung der Großaktion „Aufstehen gegen Rassismus“, am 03.09.2016 in Berlin. Im Netz ist alles hinterlegt und je nach Interesse nachlesbar. Für diesen Bericht konnte ich nur grobe Schwerpunkte erwähnen. Als Fazit dieses Parteitages wäre zu sagen, dass er klare Botschaften gegen Rechts und für Demokratie, Solidarität und soziale Gerechtigkeit gesendet hat. Der neu gewählte Parteivorstand erhielt von den Delegierten den klaren Auftrag, die Bundespartei durch entsprechende strategische und organisatorische Maßnahmen in ein erfolgreiches Wahlkampfsjahr 2017 zu führen und dazu den Schwung und die Orientierung des Magdeburger Parteitages in praktische Aktivitäten umzusetzen.



Marika Tändler-Walenta während ihrer Bewerbungsvorstellung für den Parteivorstand, in den sie wenig später zum zweiten Mal gewählt wurde. Sie ist nach kurzer Baby-Pause wieder im politischen Geschäft für DIE LINKE.

klärungen und zeitaufwändigen Abstimmungszeremonien aneinander. Die Antragskommission leistete wieder einmal eine äußerst fleißi-

von den Parteivorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sowie den Fraktionsvorsitzenden des Bundestages Sarah Wagenknecht

von Hans-Jürgen Kühn,
Flöha

Zurück gekehrt vom Bundesparteitag in Magdeburg stellt man sich die Frage, wie zufrieden man mit den Ergebnissen sein kann. Bei mir sind dabei sehr gemischte Gefühle vorhanden. Im Nachhinein ist man immer klüger.

bandes mittelsachsen



Es hat sich zum einen gezeigt, dass die Idee mit drei Leitartikeln in der Theorie nicht schlecht sein mag. Es kostet aber wahrscheinlich am Ende zu viel Zeit, diese gründlich zu diskutieren. Gegen Mitternacht - nach 14 Stunden Tagungszeit - ist es unmöglich, Änderungsanträge sachlich zu werten. So ist dem Zufall Tür und Tor geöffnet, welche Anträge angenommen werden. Wenn man in Fraktion und Partei Doppelspitzen hat und meint, jeder muß jedesmal zu Wort kommen, sollte man zu mindestens auch die Redezeiten einhalten. Dies alles geht auf Kosten der Anträge, welche oft mit viel Engagement erarbeitet wurden und am Ende unter den Tisch fallen.

So ging es auch den beiden Anträgen aus Sachsen zum Thema Trennung von Staat und Kirche sowie bedingungsloses Grundeinkommen. Im Vorfeld auch von der „Freie Presse“ thematisiert, konnten sie am Ende nicht diskutiert werden.

Erfreulich: Marika Tändler Walenta ist wieder in den Bundesvorstand gewählt worden.

Sarah Wagenknecht gelang es mit ihrer starken Rede, den Parteitag zu begeistern. Und auch, dass die Aufgaben und Ziele der LINKEN in den Kämpfen unserer Zeit deutlich aufgezeigt wurden. Bei aller Kritik am Ablauf des Parteitages sollte sich aber auch jeder Delegierte fragen, warum er anreiste. Disziplin, Solidarität und Engagement waren doch bei einem Teil der Delegierten (Die Delegierten des Kreisverbandes Mittelsachsen ausgenommen) ein Fremdwort und trug auch dazu bei, dass der Parteitag seine Ziele insgesamt nicht erfüllen konnte. Es hilft nicht, wenn nach jeder Tagung Besserung gelobt wird und alles beim Alten bleibt.

erster disput des linksjugend [solid] stadtverbandes freiberg



von unserem Redaktionsmitglied
Reik Kneisel,
Freiberg

Am 31.05.2016 luden wir alle herzlich zu unserem ersten DISPUT in die Räume des VdK ein. Das Thema „Türkei-Kurdistan-Konflikt“ lockte etwas 10 Interessierte an.

Der Landtagsabgeordnete der LINKEN, Mirko Schultze, war der Referent des Abends. Er erzählte ausführlich über die derzeitige Situation der Kurden in der Türkei, berichtete von den anstehenden Vorkommnissen ge-

genüber den Abgeordneten unserer türkischen Schwesterpartei HDP. Sehr beeindruckt hat allerdings der Bericht über kurdische Standpunkte. Was für uns Europäer doch noch immer schwer zu verstehen ist, ist bei den Kurden Gang und Gäbe: Frauen nehmen in der kurdischen Community einen ungeahnten Platz ein. Sie kämpfen in kompletten Fraueneinheiten an der Front gegen den IS und gelten im kurdischen Volk als die Elite.

Interessant ist auch der Sozialismusversuch in Nordsyrien - Rojava (dazu hat der Bundesparteitag in Magdeburg einen Beschluss zur Solidarität und Unterstützung gefasst, d. R.). Unser Genosse Marcos Escamilla-Sanchez wollte dabei wissen, was wir als LINKE von den kurdischen Sozialisten lernen könnten. Mirko sagte schlicht, dass die Kurden sich vor allem auch auf Liebknecht und Luxemburg beziehen und wir uns auch wieder mehr darauf besinnen sollten.

Alles in allem war dieser erste DISPUT eine gelungene Veranstaltung.

Die nächste Veranstaltung steht auch schon fest: 09.07.2016 - das Sommerfest der politischen Jugendorganisationen auf dem Schloßplatz in Freiberg. Hier werden wir gemeinsam mit dem Stura der Bergakademie, den Jusos Mittelsachsen und der Grünen Jugend Freiberg ein buntes Programm auf die Beine stellen.

verjüngungskur im ortsverband freiberg der linken durch die linksjugend

von Reik Kneisel

Am 11.06.2016 fand die Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg der LINKEN statt. Die Mitglieder waren neben Diskussionen zum Prozess des Landesentwicklungskonzeptes - initiiert durch MdL Dr. Jana Pinka - aufgerufen, einen neuen Ortsvorstand zu wählen. Angetreten waren neben den alten Mitgliedern auch einige junge GenossInnen aus der örtlichen linksjugend-Gruppe.

Marcel Dönicke, der noch im Jahr 2015 Kandidat zur OB-Wahl in Freiberg war, hatte sich gegen Uwe Fankhänel als Vorsitzender beworben und gewann die Wahl mit nur einer Stimme Mehrheit. Die Mitgliederversammlung wählte aber unter anderem auch weitere junge Mitglieder in den Ortsvorstand: Sophie Helbig (26), Reik Kneisel (21) und Marcos Escamilla-Sanchez (19) konnten die GenossInnen von einem Generationswechsel an der Spitze überzeugen.

Daneben bleiben Ulrike Herre, Regina Humpisch, Ruth Fritzsche, Uwe Fankhänel und Achim Grunke weiter Mitglieder des Vorstandes.

Marcel Dönicke sagt zur erfolgreichen Wahl: „Das Wahlergebnis zeigt, dass die Freiburger GenossInnen für einen Generationswechsel im Ortsvorstand bereit sind. Diese erkennbare Verjüngungskur



Marcel Dönicke, neu gewählter Vorsitzender des Ortsverbandes Freiberg der LINKEN

werden wir nutzen, um in den nächsten Jahren Veränderungen vorzunehmen, die es wohl sonst nicht geben würde. Wir werden versuchen die Mitglieder, die aktiv mitgestalten wollen, wieder mehr einzubeziehen. Zudem wird es unser Anliegen sein, weiterhin junge Leute zu motivieren, an der kommunalpolitischen Entwicklung der Bergstadt teilzuhaben und dem demografischen Wandel in der Partei etwas entgegenzuwirken. Mit den alten und neuen Vorstandsmitgliedern möchte ich außerdem unsere linken Prinzipien wieder mehr in den Vordergrund rücken.“

Als neu gewähltes Mitglied des Ortsvorstandes werde ich mich in Zukunft dafür einsetzen, dass wir als Partei wieder in der Region verankert werden können. Gemeinsam

mit den weiteren jungen Mitgliedern wollen wir die Öffentlichkeitsarbeit unseres Ortsverbandes ausbauen, außerdem machen wir uns für gleichberechtigte Strukturen in der Parteibasis stark und wollen vor allem die Umlandgemeinden, die auch zum Einzugsgebiet des Ortsverbandes gehören, besser in das linke politische Geschehen einbinden. Ich freue mich auf die hoffentlich erfolgreiche Zusammenarbeit - vor allem aber auch darüber, dass wir in unserer Basis einen Generationswechsel geschafft haben!

Nun gilt es, vor Ort gute und linke Politik zu machen!“

Wie die Zusammenarbeit in den nächsten beiden Jahren aussehen wird, wird sich zeigen, spannend wird es allemal.

wir berichten „brandaktuell“ von der sitzung des kreistages am 15. juni mit den schwerp

Zu Beginn der Sitzung des Kreistages informierte der Landrat über zwei zusätzliche Baumaßnahmen an Kreisstraßen.

- K 7545 Naunhof
- K 7730 Lichtenberger Kreuz

Maßnahmen des Landkreises zum Sächsisches Investitionskraftstärkungsgesetz „Brücken in die Zukunft“

Wir berichteten vor einigen Monaten über das Paket und seinen Inhalt. Es gibt drei Budgets. Diese teilen sich auf in den Finanzteil für Städte und Gemeinden sowie den Finanzteil für den Landkreis. Der Kreistag beschließt nur seine eigenen Maßnahmen. Geplant sind erst einmal 30 Maßnahmen mit einem Gesamtumfang von 17,8 Mio. EUR. Dafür gibt es rund 13,3 Mio. EUR Fördermittel von Bund und Land. Die Eigenmittel des Landkreises belaufen sich auf ca. 4,4 Mio. EUR. Die Maßnahmen müssen bis Ende 2020 umgesetzt werden.

Maßnahmen Landkreis:

- Regenbogenschule Döbeln: Brandschutz- und sicherheitstechnische Ertüchtigung
- Förderschulzentrum Brand-Erbisdorf: Energetische Sanierung Turnhalle
- Förderschule für Geistigbehinderte, Flöha: Sanierung und Anbau Therapiebecken
- Gymnasium Hartha: Erweiterung multifunktionalen Unterrichtsraum/Aula
- Grundhafter Ausbau der K 7703 Braunsdorf-Altenhain - B 180 in zwei Bauabschnitten
- Grundhafter Ausbau der K 7532 Döbeln Ortslage Forchheim
- Berufliches Schulzentrum Döbeln-Mittweida, Schulteil Rochlitz: Um- und Ausbau BSZ zum Zwecke der Standortverlagerung der Förderschule Zettlitz ins BSZ Rochlitz
- Landratsamt, Hauptstandort Freiberg: Erweiterung Verwaltungsgebäude mittels Anbau zur Standortkonzentration (Auflösung Standorte Am Rotvorwerk, Zug, und Flachbau, Freiberg)
- Landratsamt, Außenstelle Mittweida: Energetische Sanierung Fassade, Haus A
- Landratsamt, Außenstelle Mittweida: Energetische Sanierung Verwaltungsgebäude, Haus C und DG Haus 2
- Landratsamt, Außenstelle Mittweida: Sanierung Verwaltungsgebäude, Haus C, Dachgeschoß und 2. Rettungsweg Haus 2 und Abriss Haus B
- Schloss Rochsburg: Fahrbahnerneuerung von K 8258 bis Burgeingang
- Berufliches Schulzentrum „Julius Weisbach“, Schachtweg, Freiberg: Sanierung der Wärmeerzeugeranlage im Haus 4
- Berufliches Schulzentrum Freiberg für Ernährung, Hauswirtschaft und Agrarwirtschaft
- Hauptgebäude, Turnerstraße: Energetische Sanierung des denkmalgeschützten Schulgebäudes
- Berufliches Schulzentrum Freiberg für Ernährung, Hauswirtschaft und Agrarwirtschaft
- Schulteil, Bergstiftsgasse: Energetische Sanierung Außenfassade Schulgebäude, Fassade Turnhalle, Wärmeerzeugungsanlage Schulgebäude und Turnhalle
- Feuerwehrtechnisches Zentrum Freiberg, Feldstraße: Umbau/Erneuerung Heizungsanlagen in Garagen
- Feuerwehrtechnisches Zentrum Döbeln, Reichensteinstraße: LKW-Stellplatz
- Berufliches Schulzentrum Freiberg für Ernährung, Hauswirtschaft und Agrarwirtschaft
- Hauptgebäude, Turnerstraße: Abdichtung Untergeschoß Innenhof Ostseite, Rissesanierung und Sanierung Aula im Obergeschoß
- Teiche Hohenfichte, Gemeinde Leubsdorf: Sanierung und Instandsetzung zum Zwecke des Artenschutzes und Erhalt der Kulturlandschaft (Gewässerschutz)
- Zweckverband Kriebsteintalsperre: Erneuerung Heizung und Prallschutz sowie Sanierung der Mehrzweckhalle und des Veranstaltungssalls Talgut Lauenhain
- Zweckverband Kriebsteintalsperre: Ersatzneubau Spielplatz am Talgut Lauenhain
- Straßenmeisterei Hainichen: Sanierung und Rissesanierung Außenfassade

- Förderschule für Geistigbehinderte, Flöha: Sanierung Entwässerung und Wegebau
- WLAN an allen Schulstandorten
- Netzwerk für das Gymnasium Flöha
- Samuel-von-Pufendorf-Gymnasium Flöha: Energetische und betriebstechnische Sanierung der Wärmeerzeugungsanlagen
- Landratsamt, Außenstelle Mittweida: Teilabriss Haus 11, Abriss Garagen, alter Heizleitung und Asphaltfläche

Zudem wurde noch eine Reihe von **Ersatzmaßnahmen** beschlossen.

Der Maßnahmenplan der Städte und Gemeinden wird nur koordiniert und an den SSG weiter geleitet. Zudem bestätigt die Landkreisverwaltung die Plausibilität der Maßnahmen hinsichtlich der Fördergegenstände, des Zeitrahmens und der Beachtung von bestehenden Landesplanungen.

Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden können fast 300 Maßnahmen über diese Fördertöpfe realisieren. Dies ist auch dringend notwendig, weil es in den letzten Jahren kaum Fördertöpfe gab, die für Investitionen egal ob Instandhaltung oder Neubau ausgeschöpft werden konnten.

Ausübung des Ankaufsrechtes für das Samuel-von-Pufendorf-Gymnasium Flöha

Der Leasingvertrag über das Gymnasium sieht ein Rückkaufsrecht zum Ende der ersten bzw. zweiten Mietperiode vor. Die erste Mietperiode endet am 29.12.2016. Zur Refinanzierung dessen wurde ein Mieterdarlehen angespart. Dies alles wurde nun geprüft. In Ergebnis der Prüfung ist es wirtschaftlicher zum Ende der ersten Mietperiode den Rückkauf zu vollziehen.

Der Bestand des Gymnasiums Flöha ist durch den Schulnetzplan des Landkreises vom 30.03.2011 und die Bestätigung durch die oberste Schulaufsichtsbehörde gegeben. Auch perspektivisch ist von einem öffentlichen Bedürfnis für das Gymnasium auszugehen.

Neustrukturierung der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH

Zu diesem TOP hat unsere Fraktion im Rahmen der Fraktionssitzung den Geschäftsführer der LMK, Jens Irmer eingeladen. Er sollte unsere Fragen beantworten, jedoch auch die Vorlage erläutern und sein Statement zu den beiden vorgestellten Konzepten geben.

Einige Worte zur Historie des Krankenhauses. Früher gab es die Landkreise Rochlitz, Mittweida und Hainichen. Aus diesen ging der Landkreis Mittweida hervor. Während es in Hainichen kein Krankenhaus gab, so gab es damals Klinikstandorte in Frankenberg, Rochlitz, Mittweida und Burgstädt. Die Standorte Burgstädt und Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) wurden geschlossen. In Hartmannsdorf entstand ein Neubau unter Führung der Diakonie.

Im Landkreis Mittweida hielt man immer an den drei Standorte fest. Politisch gab es nie Mehrheiten für eine Zentralisierung, obwohl diese schon damals von Fachleuten als nötig angesehen wurde. Das Krankenhaus Rochlitz wurde komplett saniert. In Mittweida wurde 2 von 3 Bauabschnitten fertig. Frankenberg hat die geringsten Investitionsmittel abbekommen. Außer dem OP-Trakt war nach der Wende nichts investiert worden.

Erschwerend kam hinzu, dass im Gesundheitswesen eine Umstellung der Finanzierung durch die Krankenkassen erfolgte. Während früher die kompletten Kosten abgerechnet wurden, kam dann die Finanzierung nach Fallpauschalen. In Folge dessen hatten vor allem die kleineren Krankenhäuser enorme finanzielle Schwierigkeiten. Heute kann man sagen, dass ein Krankenhaus um wirtschaftlich stabil zu stehen ein Einzugsgebiet von 70.000 Einwohnern benötigt. Das Einzugsgebiet der LMK hat max. 100.000 Einwohner. Das ist für 3 Krankenhäuser einfach nicht ausreichend. Somit sind die Probleme um Auslastung und Wirtschaftlichkeit durchaus erklärbar.

Die LMK steht seit einigen Jahren wirtschaftlich schlecht da. Durch die finanziellen Zwänge waren nötige Investitionen in Form des 3. Bauabschnitts in Mittweida nicht möglich. Ganz zu schweigen vom baulichen Zustand in Frankenberg. Aber selbst dann noch hat der Landkreis an der Struktur festgehalten und dem Frankenger Angebot zugestimmt. Dieses beinhaltete die zeitweise Schließung vom KH Frankenberg, in dieser Zeit Sanierung und anschließender Weiterführung. Das der Frankenger

unkten „brücken in die zukunft“ sowie krankenhausentwicklung von kreisrätin sabine lauterbach

Stadtrat dieses Vorhaben dann kippte, ist für uns als Kreisräte nur sehr schlecht nachvollziehbar.

Durch die Schieflage der LMK haben sich auch immer mehr Ärzte nach Alternativen umgeschaut. Das ist nicht verwunderlich wenn man bedenkt, dass zuletzt in Rochlitz die Ärzte bis zu 10 Bereitschaftsdienst monatlich ableisten mussten und das zusätzlich zu ihrem normalen Dienst.

Weil dann einfach nicht mehr ausreichend Ärzte da waren, musste letztlich auch der Standort Rochlitz geschlossen werden. Dazu kommt noch ein großer Konkurrenzdruck aus den umliegenden Krankenhäusern wie in Chemnitz, Leisnig, Zschopau und Hartmannsdorf.

Der Standort Mittweida hat eine sehr gute Auslastung. Die LMK insgesamt leidet jedoch an den Kosten für den Personalabbau. Und genau da tut es auch unserer Fraktion sehr weh, wenn man bedenkt, dass wir den Erhalt der Arbeitsplätze nicht sichern können.

Eine neue Ausrichtung, neue Strukturierung war somit dringend notwendig. Man muss nicht betonen, dass alle großen Krankenhausbetreiber in Deutschland vorgeschrieben haben. Ziel ein Kauf bzw. die Übernahme der LMK. Wichtig war uns, dass vorhandene Strukturen und Kooperationen hier maßgeblichen Einfluss auf die Entscheidungsfindung hatten. Und so verwundert es uns auch nicht, dass der Vorschlag unserer Fraktion aus dem Jahr 2013, ein Zusammenschluss mit der Vereinigte Gesundheitseinrichtungen Mittelsachsen GmbH (VGE) jetzt an oberster Stelle steht.

Aber was bedeutet dies? An der VGE ist der Landkreis zu 74% beteiligt. Die anderen 26% hält Sana Kliniken AG. Diese ist die drittgrößte private Klinikgruppe in Deutschland. Die VGE hält 100% der Anteile des Kreiskrankenhauses Freiberg und anderer medizinischer Einrichtungen.

Es wurden jedoch drei Szenarien betrachtet. Das erste ist wenn der Landkreis im Alleingang, ohne Kooperation an der LMK fest hält. Das zweite Szenario ist eine Kooperation mit dem Klinikum Chemnitz mit dem es in den vergangenen Jahren eine sehr gute Zusammenarbeit gab. Das dritte Szenario ist die Kooperation mit der VGE/Sana Kliniken.

Ein Alleingang würde bedeuten, dass der Landkreis den Sanierungsbedarf bis zu 15 Mio. EUR selbst aufbringen müsse. Nach Aussage des Kämmerers der Landkreisverwaltung ist der Kreishaushalt selbst sanierungsbedürftig. Er sieht keinerlei Möglichkeit, die erforderlichen Mittel aus dem Kreishaushalten der nächsten Jahre zur Verfügung zu stellen.

Kriterium	LMK allein	Kooperation Klinikum Chemnitz	Kooperation VGE/Sana Kliniken
Vorlage interner Leistungsdaten/Unterlagen	ja	ja	ja
Vorlage einer Konzeption	ja	ja	ja
Sanierungszeitraum	bis 2020	bis 2020	bis 2019
Zuführung von Kapital durch den Landkreis	ja	nein	nein
Anbindung an bereits bestehende Strukturen des Landkreises	ja	nein	ja
dauerhaft beherrschender Einfluss des Landkreises	ja	nein	ja
Weiterbetrieb als akutstationäres Krankenhaus	ja	ja	ja
Ausbau und Erweiterung medizinischer Angebote	ja	ja	ja
Positionierung zur Nachnutzung des Standortes Rochlitz	ja	nein	ja
weiterer Personalabbau	ja	ja	ja
kartelltechnische Risiken	entfallen	offen	gering

Erst kurz vor dem Kreistag kam ein neuer Fakt hinzu. Während die LMK bisher nach dem Tarif öffentlicher Dienst bezahlt, hat das Klinikum Chemnitz einen Haustarifvertrag. Dieser liegt ca. 8% unter dem Tarif Öffentlicher Dienst. Bei der VGE kommt der Sana Kliniken AG-Tarif zum Einsatz. Dieser würde lt. Aussage MdL Susanna Schaper noch deutlich unter dem Tarif der Chemnitzer Kliniken liegen. Allerdings hat die durch unseren Fraktionsvorsitzenden Gottfried Jubelt angeregte Diskussion dazu keine Verbündeten gefunden. Im Gegenteil, der Fraktionsvorsitzende der Freien Wähler, Herr Liebscher griff einige anderen Kreisräte wie Prof. Hessenkemper und Jubelt namentlich verbal an und beschimpfte diese wegen ihrer Meinung. Das es bei dem Thema sehr emotional zugeht ist klar. Aber solch ein Angriff entbehrt jeder Sachlichkeit.

In Anbetracht all dieser Fakten wurde dem Kreistag die Kooperation mit der VGE/Sana Kliniken vorgeschlagen. Da der Landkreis den Versorgungsauftrag hat, ist es für unsere Fraktion sehr wichtig, dass zukunftsfähige Entscheidungen getroffen werden. Auch möchten wir weiterhin Mitspracherecht haben, wenn es um unsere Krankenhäuser geht. Unsere Nachfrage zu den Angebot des Klinikum Chemnitz hinsichtlich der Beteiligungsverhältnisse erbrachte folgendes: Das Klinikum hat sich schriftlich geäußert, dass mittelfristig eine Mehrheitsbeteiligung von mind. 75% angestrebt wird.

Unsere Fraktion hat sich in auch in zusätzlichen Sitzungen immer wieder mit der Thematik auseinandergesetzt. Auch haben wir immer wieder versucht die Bürger bei der Entscheidungsfindung einzubeziehen. Mit der Übergabe der LMK an VGE/Sana hat die Sana einer Sperrminorität von 26%. Da das einer Teilprivatisierung gleichkommt, konnten wir hier nicht zustimmen.

Neuregelung im Verfahren bei der Begrenzung des Eigenanteils an der Schülerbeförderung im Landkreis Mittelsachsen

Der Elternanteil an den Schülerbeförderungskosten ist schon immer ein Streitpunkt im Kreistag. Zwar sind sich alle Fraktionen einig, dass man den in die Pflicht nehmen muss, der für die Schließung von Schulen verantwortlich ist. Aber das wird nur publikumswirksam in der Presse verbreitet. In der Realität wurde die Landesregierung zwar immer wieder auf das Problem aufmerksam gemacht. Aber ein Wille derer ist nicht zu erkennen. Die Schulen wurden vom Kultusministerium geschlossen, auf dem finanziellen Aufwand bleiben die Landkreise und die Eltern sitzen.

Unser Landkreis hatte sich im Jahr 2009 auf einen Betrag für die Eltern in Höhe von 65 EUR jährlich geeinigt (nur Grund- und Förderschüler). Als zu Beginn des Jahres 2011 die Aufgabe der Schülerbeförderung (gegen unseren Willen) auf den ZVMS übertragen wurde, wurde dieser auf 80 EUR angehoben. Als kleines Zugeständnis hat der Landkreis damals beschlossen, die 15 EUR Differenzbetrag aus dem Haushalt des Landkreises zu stemmen. Jetzt haben Eltern gegen die „Ungleichbehandlung“ geklagt und auch Recht bekommen. In Folge dessen wurden die Landkreise Mittelsachsen und Erzgebirge aufgefordert diese zu beheben und einheitliche Bescheide zu erlassen.

Die Landkreisverwaltung hat dies geprüft und festgestellt, wenn an dem Wille der Subventionierung festgehalten wird ein enormer Mehraufwand an Verwaltungskosten kommt. Diese würden sich auf ca. 20 TEUR belaufen. Denn in diesem Falle müsste zusätzlich zu dem Bescheid noch ein Antrag der Eltern auf die Rückerstattung der 15 EUR erfolgen. Diesen würde der Landkreis dann nachkommen. Betroffen sind 3.400 Eltern von Grund- und Förderschülern.

Die CDU-Fraktion hält diesen Aufwand zu hoch und möchte die Subventionierung aufheben. Da dies mehrheitlich im vorberatenden Ausschuss zum Ausdruck kam, hat unser Landrat die entsprechenden Punkte in der Beschlussvorlage einfach fallen gelassen. Dadurch erfolgte eine stimmungsvolle Diskussion zum Kreistag. Und weil sich unser Landrat in der Sache so überhaupt nicht diplomatisch verhalten hat, fehlte ihm in der Abstimmung eine Stimme. Somit wurde die Vorlage bei Stimmengleichheit von je 37 Stimmen abgelehnt. Das ist ein Novum seit der Kreisgebietsreform. Allerdings gibt es nun Querelen, wie jetzt weiter verfahren wird, da das Verwaltungsgericht Chemnitz klar gestellt hat, dass die bisherige Praxis dem allgemeinen Gleichheitsgrundsatz widerspricht. Damit kann lt. Landrat die nicht aufgehobene bisherige Satzung nicht mehr angewandt werden. Wir werden weiter darüber berichten.

Von der SPD kam noch die Anfrage, was es kosten würde, wenn wir die Aufgabe der Schülerbeförderung vom VMS zurück holen und wieder selbst machen. Der Landrat will dies bis zum nächsten Kreistag prüfen.

unsere landtagsabgeordneten im nahen osten und in großbritannien unterwegs

shalom – wohin gehst du, israel ?

von Kerstin Ufer

Eine Reise des Europa-ausschusses des Sächsischen Landtages führte die Mittelsächsische Landtagsabgeordnete der Linken, Jana Pinka, Mitte Mai nach Israel, Jordanien und in die Palästinensischen Gebiete. Dabei informierte sie sich über die politische Lage sowie über die Situation der

die Delegation das Flüchtlingscamp Azraq. Hier leben mitten in der Wüste 40.000 der insgesamt 640.000 offiziell von der UNHCR registrierten syrischen Flüchtlinge. Das sind zum größten Teil Familien mit oft noch kleinen Kindern. Sie leben in Hütten und sind nur mit dem Nötigsten zum Leben ausgestattet. „Bei den Gesprächen mit den Menschen sehe ich oft Leid und Bitterkeit in den Gesichtern, aber sie klagen nicht, harren aus und hoffen. Sie hoffen, auf ein Ende des Krieges in Syrien, um zurückzukehren und ihre Heimat in Frieden aufbauen zu können. Sie hoffen,

Als problematisch wird allerdings das Verhältnis zwischen Israel und der EU betrachtet. Streitpunkte sind dabei hauptsächlich die Kritik am Nahostfriedensprozess, die fehlende Zweistaatenlösung und die Siedlungspolitik, die von Israel nicht geteilt wird. Zudem befürchtet man einen wachsenden Antisemitismus in Europa.

Jana Pinkas Fazit: „Dieses Land ist so reich an Weltgeschichte, alle Weltreligionen leben auf engstem Gebiet zusammen, sowohl von Israelis als auch Palästinensern höre ich, wir wol-

wissenschaftsausschuss zu gast in großbritannien

Die Abgeordneten der Linksfraktion im Sächsischen Landtag Dr. Jana Pinka, Cornelia Falken, Falk Neubert und Franz Sodann reisten Anfang Juni im Rahmen einer fünf-tägigen Informationsreise mit dem Ausschuss für Wissenschaft und Hochschule, Kultur- und Medien nach Großbritannien. In London, Oxford und Glasgow tauschten sie sich mit VertreterInnen der Botschaft, des BBC sowie ProfessorInnen und DozentInnen verschiedener renommierter Universitäten



Im jordanischen Flüchtlingscamp Azraq leben 40.000 syrische Flüchtlinge.

Foto: Jana Pinka

Flüchtlinge im Nahen Osten. Die stellvertretende Botschafterin der BRD in Israel, Monika Iwersen, erläuterte die momentanen Regierungsprobleme in der Knesset. Gerade in der Woche des Aufenthalts der Sächsischen Delegation ernannte Regierungspräsident Netanjahu den Hardliner Lieberman zum neuen Verteidigungsminister. Die gegenwärtige Koalition, besonders die ultrakonservativen Parteien, sprechen sich gegen eine zwei Staaten-Lösung aus. „Israel hat die rechteste Regierung seiner Geschichte“, die Opposition fürchtet, dass das Land in einen Krieg stürzt“, muss Jana Pinka feststellen. „Für Israel ist nicht der Syrienkonflikt und die Einmischung von strategischem Interesse, sondern lediglich die Sicherung der Grenze.“ Die oft als Grüne Linie zum Westjordanland bezeichnete Waffenstillstandslinie von 1949 hat auf Israelischem Gebiet eine Länge von 307 km. Für teils heftige Kritik sorgt seit etwa 2003 der von der israelischen Regierung betriebene Bau der israelischen Sperranlage, die nur an wenigen Stellen entlang der Grünen Linie verläuft und sich bei den größeren israelischen Siedlungsblöcken tief ins Westjordanland einschneidet.

Im benachbarten Jordanien besuchte

dass ihre Kinder dann wieder regelmäßig zur Schule gehen können, und sie hoffen auf ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit, auf ein Leben ohne Angst vor Gewalt, Folter und Terror“, fasst Jana Pinka ihre Eindrücke vom Besuch im Camp zusammen.

Einen weiteres bewegendes, sehr schmerzvolles, aber unvergessliches Erlebens war für die Abgeordnete der Besuch der zentralen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem. Die Mahn und Forschungsstätte wurde 1954 errichtet und 2005 erweitert. Sie ist weltweit die wichtigste und größte Stätte zum Gedenken an den Holocaust sowie die im 2. Weltkrieg in den Vernichtungslagern der Nationalsozialisten ermordeten Juden. Yad Vashem - Denkmal und Namen – soll lehren, erinnern und verhindern, dass sich so ein Völkermord je wiederholt. Jede Stätte dieses Ortes symbolisiert: Das Denkmal schneidet sich wie ein Messer in den Berg, so wie in das jüdische Volk eine Wunde gerissen wurde. In den weiteren wirtschaftspolitischen Gesprächen stellte Jana Pinka fest, dass Deutschland für Israel dennoch einer der wichtigsten Partner in der wirtschaftlichen, kulturellen und bildungspolitischen Zusammenarbeit ist.

len friedlich zusammen leben, nur der jeweils andere verhindere das. Eine politische Lösung scheint im Moment aussichtslos. Quo Vadis Israel? Quo Vadis Palästina? Schalom - Salām - Frieden! Warum schaut die Welt zu und schlichtet nicht? Was läuft hier schief? Ich verlasse den Nahen Osten - das Heilige Land - mit einem unguuten Gefühl.“

zu Fragen der aktuellen politischen Situation sowie zur Medien-, Kultur und Bildungspolitik aus. Stationen auf dem umfangreichen Reiseprogramm waren unter anderem die deutsche Botschaft, das BBC-Hauptquartier, das Victoria Albert Museum sowie die Universitäten Oxford und Glasgow. **(ausführlich unter www.jana-pinka.de)**



Die Delegation des Wissenschaftsausschusses auf ihrer Informationsreise in England und Schottland. Auf dem Bild vorn rechts Dr. Jana Pinka (Freiberg), 2. von links Falk Neubert (Mittweida).

Foto: Landtag

nehmen wir die anregungen des liebknecht-kreises auf!

Von Reinhard Kluge,
Rechenberg-Bienenmühle

Im Aprilheft der Mittelsächsischen Linksworte werden in Beiträgen von Michael Matthes und Reik Kneisel Sorgen über aktuelle Entwicklungsprobleme der LINKEN thematisiert. Nicht nur die jüngsten Wahlergebnisse zeigen, dass die LINKE erheblich an Akzeptanz verliert, übrigens nicht nur dort, wo sie Regierungsverantwortung angestrebt hat, sondern auch in der Oppositionsrolle. Mit der gegenwärtigen europäischen Krise, deren Teil der unerwartet große Flüchtlingsstrom ist, hat sich nicht nur in der BRD, sondern weit darüber hinaus ein politischer Rechtsruck vollzogen. Mitte/Links verliert zurzeit in vielen Ländern an Einfluss. Den USA ist es gelungen, mit der Erschließung eigener Ölquellen die von den europäischen Linken mit Hoffnung begleiteten sozial orientierten Regierungen Mittel- und Südamerikas in erhebliche Schwierigkeiten zu bringen, von den anderen Rohstoff produzierenden Ländern einschließlich Russland ganz abgesehen. In der BRD manifestiert sich der Rechtsruck vor allem im Aufschwung der AfD, die in unerwarteter Stärke in zahlreiche Parlamente eingezogen ist. Fremden- und Islamfeindlichkeit, Sorgen um Arbeitsplatz, Einkommen und Rente veranlassen viele Wähler, sich von den „etablierten Parteien“, wozu sie auch die LINKEN zählen, abzuwenden und eine Partei mit scheinsozialen, nationalistischen und völkischen Parolen zu wählen.

In den beiden genannten Beiträgen wird eine Grundsatzdiskussion über die eingetretene Lage und die Strategie und Taktik unserer Partei gefordert, um theoretische Defizite auszumachen und zu überwinden sowie die aktuellen politischen Aufgaben neu zu bestimmen. Gleichzeitig wird mit Recht auf das geltende Parteiprogramm hingewiesen, das mit seiner antikapitalistischen Alternative in den aktuellen Debatten zu stark in den Hintergrund getreten ist. Die Rückbesinnung auf dieses Programm und seine gedanklichen Grundlagen ist tatsächlich wichtig. Dabei sollten auch die Texte von Autoren mit einbezogen werden, die seinerzeit wesentlich am Programm mitgewirkt haben und gewissermaßen als Kommentar dazu angesehen werden können. Ich denke dabei besonders an das Buch von Dieter Klein: „Das Morgen tanzt

im Heute. Transformation im Kapitalismus und über diesen hinaus“ (Hamburg 2013). Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich nichts Anderes als **Nachdenken darüber, wie der menscheitsfeindliche Kapitalismus überwunden werden kann, welche Wege zu einem als Voraussetzung dafür notwendigen neuen Kräfteverhältnis in der Gesellschaft führen, wie die Transformation in einem gesellschaftlichen Prozess von großer Tiefe ermöglicht werden kann.** Darüber neu nachzudenken, ist unumgänglich. Denn wir leben in einer Zeit, in der die von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest geäußerte Erwartung nicht mehr uneingeschränkt gilt, dass die Arbeiterklasse durch ihre objektiven Existenzbedingungen unausweichlich zur „revolutionären Vereinigung durch die Assoziation“ gedrängt wird. Die Bedingungen für das Bewusstsein der Arbeiter haben sich gewandelt. Es sind vor allem neue Erscheinungen im kapitalistischen Reproduktionsprozess, namentlich die Automatisierungsprozesse und die Veränderung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, die der im Kapitalismus des 19. und frühen 20. Jh. typischen Konzentration und Assoziation der Arbeiter in Großbetrieben entgegenwirken. Monopolprofit ermöglicht es dem Kapital in den entwickelten Ländern, Stammebelegschaften mit dem Charakter einer Arbeiteraristokratie zu bilden und seinen politischen Einfluss zur Geltung zu bringen. So gelingt es der Gewerkschaft zwar, etwa die Metaller für wirksame Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu organisieren. Deren Interessen richten sich auf einen akzeptablen Lebensstandard und die Erhaltung der Arbeitsplätze, ohne den Blick auf die Klassengenossen in den zurückgebliebenen Ländern, an deren Ausbeutung sie partizipieren, von einem proletarischen Klassenbewusstsein ganz zu schweigen. Die Zahl der Linkswähler unter ihnen ist gering. Ein revolutionäres Bewusstsein hat schon die DKP in der alten BRD in der Mitte der Arbeiter nicht mehr erzeugen können. Wenn überhaupt, wählen die Arbeiter eher die SPD. Bedenkt man diese ökonomisch bedingte politische Entwicklung, dann erscheint es unbillig, die Ursachen dafür vorrangig einer verfehlten Politik von irgendwelchen Repräsentanten der Partei zu suchen. Zwingend notwendig erscheint es vielmehr, über das Subjekt gesellschaftlicher Veränderungen neu nachzudenken. Das kann heute nicht mehr die

Arbeiterklasse allein sein, sondern vielmehr alle Schichten, deren Leben und Existenz der globale Kapitalismus bedroht, vom Prekariat über die Handwerker bis zu den Mittelschichten unter Einschluss der Künstler und der Intelligenz. Und da muss sicher auch darüber nachgedacht werden, wie wir diese alle in ihrer unterschiedlichen konkreten Klassensituation erreichen, mit welchen Ideen, „Erzählungen“, theoretischen Aussagen und Losungen und über welche Medien, und das unter der schwierigen Bedingung heute herrschender Ideen der Mächtigen und der von ihren Denkfabriken und Medien betriebenen Manipulation. Im Zentrum sollte bei aller Differenziertheit ein Thema stehen, der Kapitalismus, seine tiefe existentielle Krise, die sich in der fortschreitenden Zerstörung der sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und in erneut wachsender Kriegsgefahr äußert. Viele Fragen bedürfen der Diskussion und Klärung, auch die Analyse der letzten Wahlen. **Dafür hatten wir in Freiberg in den 90er Jahren ein Diskussionsforum „Alternative Runde“. Wäre es nicht höchste Zeit, dieses Forum wieder zu beleben?**

Der Liebknecht-Kreis Sachsen ist in Vorbereitung des Landesparteitages in Neukieritzsch erneut sehr aktiv. Als Alternative zum Leitantrag des Landesvorstandes hat er einen Ersetzungsantrag eingebracht, der ein Aktionsprogramm unter der Überschrift „für einen linken Aufbruch in Sachsen“ mit den Schwerpunkten Beschäftigungspolitik, Bildungspolitik und Rentenpolitik beinhaltet. Unter Einbeziehung der Antragsteller soll dann durch den Landesvorstand bis zum September 2016 ein Maßnahmenplan zur konkreten Umsetzung des Aktionsprogramms erarbeitet werden. In dieses Aktionsprogramm sollen die drei vom Parteitag im vergangenen Jahr beschlossenen Leitanträge einbezogen werden.

#13lpt

13. Landesparteitag
18. Juni 2016 in der
ParkArena Neukieritzsch

Alle Infos, Anträge und
Liveberichterstattung auf
der Themenseite...



„Gesund und regional“

Landtag geschlossen – Jana Pinka geht auf Sommertour

Sommerpause im Landtag, heißt für MdL Dr. Jana Pinka auf keinen Fall, sechs Wochen lang nichts zu tun – im Gegenteil – sitzungsfreie Zeit heißt für sie: AUF GEHT’S ZUR SOMMERTOUR! durch ihre Heimat. In diesem Jahr wird die umweltpolitische Sprecherin und stellv. Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Sächsischen Landtag vom 5. bis 13. Juli unterwegs sein, um in den Städten und Gemeinden der Region Freiberg sowie in der Erzgebirgsregion mit BürgermeisterInnen, KommunalpolitikerInnen, GeschäftsführerInnen und Beschäftigten in der Landwirtschaft ins Gespräch zu kommen. Dabei ist ihr besonders wichtig, sich über die Aufgaben, Ziele und Probleme der Menschen vor Ort zu informieren, aber auch über ihre Arbeit als Abgeordnete des Sächsischen Landtags zu berichten. Unter dem Motto „Gesund und regional“ stehen in diesem Jahr die Landwirtschaft, Direktvermarktung und gesunde Ernährung in unserer Region im Fokus. Dr. Jana Pinka wird dazu in Freiberg, Leubsdorf, Bobritzsch, Clausnitz, Lichtenberg, Halsbrücke und Großschirma unterwegs sein. Unter anderem stehen Besuche bei Landwirtschaftsbetrieben mit biologischem Anbau und Direktvermarktung in Halsbrücke, Niederbobritzsch und Naundorf, eine BürgerInnen-sprechstunde am 2. Juli von 10 bis 15.30 Uhr (Anmeldung erforderlich) sowie ein Vormittag „Rund um das Getreide“ mit Kindern der Freiburger KITAS Schlaumäuse und Blütenhaus auf dem Programm.

Infos zum detaillierten Tourenplan unter www.jana-pinka.de

demokratie in der krise?

von unserem redaktionsmitglied achim grunke

Von der „Krise der Demokratie“ oder gar von der „Demokratie in Gefahr“ ist in jüngster Zeit häufiger die Rede. Auch die LINKE thematisierte das auf dem kürzlich stattgefundenen Magdeburger Parteitag in dem Beschluss „Für Demokratie und Solidarität! Gegen den Rechtsruck!“, wenn es dort heißt: „Die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Solidarität, die Fundamente sowohl der Aufklärung als auch der Demokratie, sind in Europa bedroht wie nie zuvor.“

Symptome und Ursachen

Als Symptome der „Krise der Demokratie“ werden regelmäßig u.a. genannt:

- der Aufstieg rechtspopulistischer, völkisch-nationalistischer Parteien und Bewegungen;
- den „Volksparteien“ kommt allmählich ihr Wahlvolk abhanden;
- eine allgemeine Verrohung der politischen Sprache und des Umgangs in der politischen Auseinandersetzung;
- mehr Angriffe auf alternative Projekte und Büros von Parteien und Abgeordneten;
- eine deutliche Zunahme von gewaltsamen Anschlägen auf Flüchtlingsunterkünfte;
- das Entstehen selbsternannter „Bürgerwehren“ mit dem Hang zu Selbstjustiz und Aushebelung des staatlichen Gewaltmonopols.

Seit längerem beschäftigen sich neben der politischen Publizistik auch die Politik- und Sozialwissenschaften mit dem Phänomen „Krise der Demokratie“. Und da werden dann auch Ursachen für das Phänomen deutlicher benannt. Der aus dem konservativ-liberalen Milieu entstammende US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama, der vor einem Vierteljahrhundert nach dem Zusammenbruch des Sozialismus das System der westlichen Demokratie zum vollkommensten und endgültigen Gesellschaftsmodell der Weltgeschichte erklärt hatte, befasst sich nun seit einigen Jahren mit der Krise eben dieses Modells. In seinem als Bestseller bekannten Buch „Das Ende der Geschichte“ hatte er einst die westliche Demokratie als konkurrenzlos gegenüber anderen Systemen beschrieben. Die Menschheit hätte in diesem Gesellschaftsmodell in der Kombination aus liberaler Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft eine abschließende Form gefunden. Auch der Islamismus wäre chancenlos gegen die westliche Demokratie, da er

außerhalb der muslimischen Welt kaum Anhänger finde.

Wenn das System der westlichen Demokratie nun in eine Krise gerate und gefährdet sei, dann nur von innen her, weil die Politik in den Augen vieler Bürger keine Gerechtigkeit mehr herstellen könne. Fukuyama demonstriert das am Beispiel des Steuerrechts der USA, wo Millionäre durch Abschreibungen ihre Abgabenquote auf 15 Prozent senken, während der Normalverdiener im Schnitt ungefähr 35 Prozent zahlt. Allgemein werde das zwar als ungerecht empfunden, aber weder der Präsident noch der Kongress seien in der Lage, das zu ändern, weil sich eine mächtige Lobby dagegen stemmt. Die „weiße Arbeiterklasse“ habe mittlerweile einen jahrzehntelangen Abstieg hinter sich. Ihr Realeinkommen sei heute geringer als 1980. Arbeiter genießen kaum noch gewerkschaftlichen Schutz, ihre Stadtviertel verfallen. Eben deshalb



würden in diesen Tagen so viele zornige weiße Amerikaner für Donald Trump stimmen.

Und weiter folgert Fukuyama: „Da sind ja doch erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen dem Phänomen Trump und der Attraktivität der AfD. Da sehe ich das Hauptproblem in einem Legitimationsverlust der Demokratie in Schichten der Bevölkerung, die wir oft als Zurückgelassene, Enttäuschte, Frustrierte beschreiben.“ Die AfD hält sich jedoch laut ihrem Parteiprogramm selbst als Verteidiger der Demokratie, lässt aber in dem Programm völlig offen, was etwa gegen Altersarmut oder prekäre Beschäftigungsverhältnisse getan werden müsste.

Abbau des Wohlfahrtsstaats

Heribert Prantl, der Leiter des Innenressorts der Süddeutschen Zeitung, hatte bereits 2005 in seinem Buch „Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit“ vor den möglichen gesellschaftlichen Verwerfungen durch die „Agenda

2010“ gewarnt. Als ehemaligen Richter und Staatsanwalt stand für ihn fest: „Sozialstaat und Demokratie gehören zusammen, sie bilden eine Einheit. Wer den Sozialstaat beerdigen will, der muss also ein Doppelgrab bestellen... Die Bürger einer Demokratie brauchen Ausbildung und Auskommen, sie brauchen eine leidlich gesicherte Existenz, sie müssen frei sein von Angst um die eigenen Lebensverhältnisse.“

Und nach über zehn Jahren „Agenda 2010“ greifen Existenz- und Zukunftsängste zunehmend um sich. So drohe z.B. die Altersarmut, die heute schon eine der großen sozialen Risiken ist, in den nächsten Jahren zu einem Massenphänomen zu werden, wie im „Armutsbericht 2016“ des Paritätischen Wohlfahrtsverbands nachzulesen ist. Während für frühere Generationen spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts immer die Erwartung und Hoffnung galt, dass es ihren Kindern

einmal besser gehen werde, kehrt sich das heute um und macht der Spruch die Runde „Meinen Kindern kann's mal schlechter gehen als mir.“

Der als Armutsforscher bekannte Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege hat in seinem 2015 erschienenen Buch „Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?“ festgestellt, dass die Angst vor dem sozialen Abstieg „bis in die Mittelschicht und das gesellschaftliche Gravitationszentrum ausgreift“. Hartz IV habe aus der Bundesrepublik eine Gesellschaft der Angst gemacht, wo Teile der Mittelschicht ihren drohenden Statusverlust durch Verachtung gegenüber noch Schwächeren zu bewältigen suchen. Wenn nicht gegengesteuert werde, führe das „zu einer tieferen Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich, zu einem Zerfall unserer Städte und zu einer Gefährdung der Demokratie.“

Expertokratie und Lobbyismus

Eine weitere Auszehrung droht der

Demokratie durch anwachsende Einflussnahme nicht demokratisch legitimierter Interessengruppen auf die Politik. Das geht einher mit zunehmender Entwertung der Parlamente als legitimer Zentren des demokratischen Systems und damit des wirklichen Souveräns der Demokratie: des Wählers und der Wählerin.

Ein typischer Mechanismus dafür ist die Auslagerung wichtiger Entscheidungen an sogenannte Expertengruppen. Da werden dann Gutachten bei privaten Unternehmensberatungen bestellt, die nicht selten unkritisch von der Politik übernommen werden und – weil ja von „Experten“ erstellt – für sakrosankt gehalten werden.

Noch schlimmer wird es, wenn Behörden dauerhaft Personal aus der Wirtschaft „ausleihen“ oder die Rechtsabteilungen von Konzernen mit der Abfassung von Gesetzentwürfen beauftragt werden.

Auch beim Freihandelsabkommen TTIP wird Demokratie als Handelshemmnis angesehen, weshalb die Verhandlungen geheim geführt werden und selbst Parlamentarier nur eingeschränkter Zugang zu den Dokumenten haben.

Ein virulente Unterwanderung der Demokratie zeigt sich in der Grauzone des Lobbyismus, wo gut organisierte Interessengruppen der Wirtschaft, mit beachtlichen Finanzmitteln ausgestattet, es verstehen, durch informelle Einflussnahme auf Parlamentarier oder Regierungsmitglieder einzelne Projekte oder ganze Politikfelder nach ihren Interessen zu beeinflussen.

Diverse Gremien privilegierter Eliten entziehen sich der demokratischen Öffentlichkeit. Dazu gehören z.B. die „Bilderberg“-Konferenzen (wie kürzlich in Dresden), die als informelle, private Treffen von einflussreichen Personen aus Wirtschaft, Politik, Militär, Medien, Hochschulen, Hochadel, Geheimdiensten und christlichen Kirchen veranstaltet werden, bei denen hinter verschlossener Tür Gedanken über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen ausgetauscht werden und grundlegende Weichenstellungen für künftige Entscheidungen skizziert werden.

Demokratie erhalten und beleben

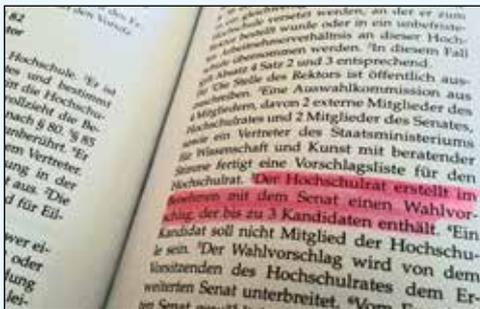
Um die Demokratie am Leben zu erhalten, braucht es u.a. mehr Transparenz und Öffentlichkeit in Politik und Bürokratie, direkte Demokratie auf allen Ebenen (also auch Volksentscheide auf Bundesebene) und ein frei zugängliches Lobbyistenregister, das die Geldflüsse der Lobbyisten in die Politik offenlegt. Keine marktconforme Demokratie! Mehr Demokratie wagen!

kreisvorstand aktuell

Die für den 30. Mai vorgesehene gemeinsame Beratung der Kreisvorstände Mittelsachsen und Zwickau mit dem Schwerpunkt des effektiveren Einsatzes der Finanzmittel für die politische Arbeit wurde aus terminlichen Gründen auf den 22. August verschoben. Die nächste Beratung des Kreisvorstandes findet am 27. Juni statt. Wir informieren in unserer Juli-Ausgabe.

gesetzentwurf der linken im landtag abgeschmettert

Unser Kreisvorsitzender **Falk Neubert**, gleichzeitig Abgeordneter der LINKEN im sächsischen Landtag, übt dort u.a. die Funktion eines hochschulpolitischen Sprechers aus. Mit einem von ihm initiierten Entwurf wollte die Fraktion das Hochschulfreiheitsgesetz ändern, um künftig ein demokratischeres und transparenteres Verfahren zur Wahl eines neuen Rektors zu garantieren.



Der aktuelle Gesetzestext: „Der Hochschulrat erstellt im Benehmen mit dem Senat einen Wahlvorschlag, der bis zu 3 Kandidaten enthält“.

Der Antrag zur Gesetzesänderung wurde im Plenum des Sächsischen Landtages am 26.Mai mit einer fadenscheinigen Begründung abgelehnt. Die Vorgeschichte: Zum 01. März 2016 sollte an der Universität Leipzig ein neuer Rektor seine Amtszeit beginnen. Auf Grund eines unsachgemäßen Wahlverfahrens sowie schwerwiegender Verfehlungen auf Seiten des Hochschulrates kam dies jedoch bis heute nicht zustande. Dazu muss man folgendes wissen: Der **Hochschulrat** gibt laut Gesetz Empfehlungen zur Profilbildung und Verbesserung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Hochschule. 5 der 9 Mitglieder (aus Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft oder beruflicher Praxis) werden direkt vom Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst benannt. Der **Senat** ist ein zentrales Gremium der Hochschule, die Mitglieder repräsentieren alle Mitgliedergruppen der Hochschule einschließlich der Studierenden. Er ist zuständig für die akademischen Angelegenheiten der Hochschule.



unsere jubilare



all unseren genossinnen und genossen mit runden und halbrunden geburtstagen sowie unseren hochbetagten gratulieren wir hiermit ganz besonders herzlich !

im monat juli 2016 wird aus diesem anlass gefeiert bei:

Siegfried Steiger	geb. am 01.07.1936,	in	Flöha
Walter Ruczynski	geb. am 03.07.1936,	in	Brand-Erbisdorf
Heinz Birkner	geb. am 03.07.1932,	in	Döbeln
Heinz Zimmermann	geb. am 04.07.1922,	in	Leisnig
Lothar Anke	geb. am 06.07.1923,	in	Augustusburg
Peter Zenker	geb. am 08.07.1941,	in	Leubsdorf
Heinz-Siegfried Schubert	geb. am 09.07.1933,	in	Rochlitz
Reinhard Kluge	geb. am 11.07.1933,	in	Rechenberg - B.
Hans Mäthe	geb. am 12.07.1935,	in	Niederwiesa
Werner Kuhnert	geb. am 12.07.1925,	in	Waldheim
Hellfried Wittig	geb. am 13.07.1936,	in	Döbeln
Henry Heinzig	geb. am 14.07.1956,	in	Freiberg
Annemarie Strauß	geb. am 14.07.1935,	in	Flöha
Edeltraud Silbermann	geb. am 15.07.1935,	in	Erlau
Albrecht Tolke	geb. am 16.07.1941,	in	Freiberg
Charlotte Anders	geb. am 18.07.1935,	in	Großhartmannsdorf
Wolfgang Geier	geb. am 21.07.1932,	in	Mittweida
Armin Krumbiegel	geb. am 24.07.1933,	in	Döbeln
Fritz Burkhardt	geb. am 24.07.1922,	in	Petershagen
Anneliese Anker	geb. am 25.07.1932,	in	Mittweida
Volker Träger	geb. am 26.07.1936,	in	Freiberg
Fritz Lindner	geb. am 26.07.1926,	in	Roßwein
Heinz Kleinstück	geb. am 29.07.1926,	in	Flöha

zum schmunzeln

Es gibt Leute, die denken, Fußball sei eine Frage von Leben und Tod. Ich mag diese Einstellung nicht. Ich kann Ihnen versichern, dass es noch sehr viel ernster ist.

Bill Shankly, legendärer Trainer des FC Liverpool in den Jahren 1959 bis 1974

Die meisten Menschen sind, um glücklich zu sein, entweder nicht gescheit oder nicht dumm genug.

Hans Krailsheimer

Die Ordnung ist die Lust der Vernunft, aber die Unordnung ist die Wonne der Phantasie.

Paul Claudel

jahrestage im juli 2016

16.06. - 26.07. 1866: Der Preußisch-Österreichische Krieg endet mit einem Sieg Preußens.

18.07. 1936: Beginn des Bürgerkrieges in Spanien. Nach heldenhaftem Kampf, der von Internationalen Brigaden unterstützt wird, erliegt am 28. März 1939 die Spanische Republik den Putschisten.

21./22.07. 1946: Gründung der Weltföderation der Wissenschaftler (WFW) in London.

07.07. 1956: Der Bundestag verabschiedet das Wehrpflichtgesetz.

01.07. 2011: Die Wehrpflicht wird in der BRD ausgesetzt.

terminübersicht

juni 2016

- 22.06. 18 Uhr *Ehrung der Gefallenen der Sowjetarmee anlässlich des 75. Jahrestages des Überfalls der faschistischen deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion*
Freiberg, Gedenkstätte Himmelfahrtsgasse
- 25.06. *Fest der LINKEN*
Berlin-Mitte, Rosa-Luxemburg-Platz
- 27.06. 14 Uhr *Redaktionsberatung der LinksWorte*
Freiberg, Kreisgeschäftsstelle, Lange Straße 34
- 27.06. 19 Uhr *Sitzung des Kreisvorstandes*
Kreisgeschäftsstelle Freiberg Lange Straße 34

juli 2016

- 02./03.07. *Klausur des Parteivorstandes der LINKEN zur Auswertung des Bundesparteitages und zu den politischen Schwerpunkten der kommenden beiden Jahre*
Rostock



Nachdem wir in unserer Mai-Ausgabe über den Auftakt der Regionaltour der Landtagsfraktion in der Region um Brand-Erbisdorf berichtet haben, steht im Mittelpunkt dieser Ausgabe der Thementag „Gesundheit“, der am 13. Juni in Mittweida stattfand. Seine Brisanz erhielt er dadurch, dass zwei Tage später auf der Tagesordnung des mittelsächsischen Kreistages die Neustrukturierung der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH (LMK) auf der Tagesordnung stand. (dazu ausführlich auf den Seiten -6- und -7-). Die abendliche, vom Ortsverband Mittweida organisierte Veranstaltung im Bürgerbüro der LINKEN in Mittweida mit Susanne Schaper und Gottfried Jubelt verabschiedete einen Appell an die Kreistagsfraktion der LINKEN, den wir dokumentieren. Die Regionaltour in Mittelsachsen wird fortgesetzt mit einem Thementag „Regionale Wirtschaft“ am 17. Juni in Flöha und einem Thementag „Örtlicher Personennahverkehr“ am 22. Juni in Döbeln.

von Kerstin Ufer

Im Mittelpunkt der Mittweidaer „Gesundheitstour“ stand die ungewisse Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Deshalb trafen sich die Freiburger Landtagsabgeordnete **Dr. Jana Pinka** und die Sprecherin für Sozial- und Gesundheitspolitik der Linksfraktion, **Susanne Schaper**, vor Ort im Mittweidaer Klinikum mit der Betriebsratsvorsitzenden der Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH (LMK) **Annelies Schmidt**. Anlass war eine Vorlage zur Neustrukturierung der LMK, die zwei Tage später in der Kreistagssitzung zur Abstimmung kommen sollte. Inhalt des Antrages ist es, dass die LMK Teil der Vereinigten Gesundheitseinrichtungen Mittelsachsens (VGE) wird. Anwesend war zudem **Gottfried Jubelt**, Vorsitzender der Kreistagsfraktion der LINKEN und Mitglied im LMK-Aufsichtsrat. Während des sehr sachlichen Gesprächs gewannen die Abgeordneten den Eindruck, dass die Personalvertretung der LMK nicht ausreichend mitbestimmungspflichtig in die be-

vorstehende Neustrukturierung der Krankenhauslandschaft Mittelsachsens eingebunden ist. In der Diskussion wurden sowohl Perspektiven als auch absehbarere Konsequenzen dieses Vorhabens erörtert. Auch die bereits ausgesprochenen Personalkündigungen sowie die anstehenden Aufgaben des Betriebsrates wurden thematisiert. Die Landtagsabgeordneten vertraten den Standpunkt, dass es mit den Linken keinerlei Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge geben sollte und lehnten deshalb diesen Plan zur Rettung der wirtschaftlich angeschlagenen LMK eindeutig ab. Auch bei einer Teilprivatisierung der LMK wären für die Patienten keinerlei Vorteile ersichtlich und Gesundheit dürfe nicht allein unter marktwirtschaftlichen Aspekten bewertet werden.

Nach dem Besuch im Krankenhaus Mittweida trafen sich am Abend Genossinnen und Genossen aus Mittweida, aber u.a. auch aus Flöha und Rochlitz mit Susanne Schaper und Gottfried Jubelt. Die lebhafteste und äußerst kritische



Lokaltermin am 13. Juni im Krankenhaus Mittweida: Susanne Schaper, Jana Pinka, Annelies Schmidt und Gottfried Jubelt (von rechts)

Diskussion wurde geprägt von der Sorge um die künftige Gesundheitsversorgung in der Region und wurde von Torsten Bachmann, Vorsitzender des Ortsverbandes Mittweida der LINKEN moderiert. Im Ergebnis der Beratung verständigte man sich zu einem **Appell an die Kreistagsabgeordneten der LINKEN**, den wir im folgenden abdrucken. (Bei der Abstimmung am 15. Juni im Kreistag gab es übrigens acht Gegenstimmen und elf Enthaltungen, unsere Kreistagsfraktion zählt 16 Mitglieder, d.R.)

Liebe Mitglieder der Kreistagsfraktion DIE LINKE. Mittelsachsen,

wir haben heute im Rahmen einer Beratung zum Thema „Gesundheit im ländlichen Raum“ mit Gottfried

Jubelt und Susanne Schaper (MdL) u.a. über die Beschlussvorlage zum Thema LMK für die Kreistagssitzung am 15. Juni 2016 gesprochen. Wir sind in der Diskussion zum Schluss gekommen, Euch zu bitten und aufzufordern, am Mittwoch geschlossen gegen die Aufnahme von Verhandlungen mit der Sana-Kliniken-Gruppe zur Teilprivatisierung der LMK zu stimmen und Euch für eine Zukunft als kommunale Gesellschaft einzusetzen.

In diesem Zusammenhang möchten wir Euch auch noch einmal an unser Parteiprogramm von 2011 erinnern. Dort steht unter Punkt 4.2 „Auch deshalb lehnen wir die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozialer Sicherungssysteme ab und fordern eine Stärkung öffentlichen Eigentums“.